

## **Soziale Kontrolle - Kooperation - Emanzipation Impulse von Selbstorganisation(en) für eine kritische Soziale Arbeit**

*Vom 26.10.2022 bis zum 22.03.2023 fand die Veranstaltungsreihe „Soziale Kontrolle - Kooperation - Emanzipation. Impulse von Selbstorganisation(en) für eine kritische Soziale Arbeit“ des Berliner Arbeitskreises Kritische Soziale Arbeit im Nachbarschaftshaus Urbanstraße statt. In diesem Rahmen wurde über das Verhältnis der institutionalisierten Sozialen Arbeit zu sozialen Bewegungen und Selbstorganisationen diskutiert.*

### **Verhältnisbestimmung Soziale Arbeit und Selbstorganisationen - erste Veranstaltung**

In Kleingruppen wurde über gemeinsame Kämpfe von Selbstorganisationen mit Akteuren/ Vertreter\*innen der Sozialen Arbeit diskutiert. Hierbei ging es insbesondere um die Frage, wie mit der Gefahr einer Machtasymmetrie und ggf. Vereinnahmung für eigene Zwecke umgegangen werden kann. Somit müssten sich Sozialarbeiter\*innen und Selbstorganisationen immer die Frage stellen: Wem nützt die Kooperation? Hierzu könnte eine Rollenklärung im Vorfeld hilfreich sein. Insbesondere, wenn eine Kritik an der institutionellen Sozialen Arbeit selbst vorliegt, wird hierbei ein Spannungsverhältnis deutlich.

Als hinderlich für gemeinsame Kämpfe wurde darüber hinaus die mangelnde Politisierung in der Sozialen Arbeit benannt. Eine individualisierende, psychologisierende Sozialarbeit stellt keine geeignete Bündnispartnerin dar. Schließlich wäre die Basis für eine Kooperation, für eine gemeinsame Sache zu kämpfen. Ein\*e weitere Teilnehmer\*in gab in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass zwischen den Selbstorganisationen und Sozialarbeiter\*innen eine „gemeinsame Sprache“ gefunden werden muss.

Die Soziale Arbeit braucht dazu klare Werte und Parteilichkeit. Institutionalisierte Zwänge, auch finanzielle Abhängigkeiten und fehlende Ressourcen erweisen sich als hinderlich. Auch wird oftmals eine Zusammenarbeit mit lokalen Akteur\*innen, oder politisches Engagement institutionell nicht erwartet und ggf. sogar verhindert. Es zeigt sich, dass mit geringem Institutionalisierungsgrad (z.B. spendenfinanziert) die Arbeit oftmals besonders prekär ist, sodass sich hier ein weiteres Spannungsfeld eröffnet.

Mit dem Blick auf die Rolle von Selbstorganisationen wurde die Bedeutung eines politischen Anspruches betont. Selbstorganisationen, die die Aufgaben des Sozialstaates übernehmen und zum Teil unentgeltlich (ehrenamtlich) umsetzen, befördern zugleich die Träume eines neoliberalen Systems, indem sich jede\*r um sich selbst kümmert. Auch für die Ehrenamtlichen stellen diese Bedingungen oftmals sehr prekäre und (selbst-)ausbeuterische Zustände dar. Es stellt sich somit die Frage, inwiefern die Lücken, die Selbstorganisationen schließen nur temporär geschlossen werden sollten – und mit politischem Druck dann institutionalisiert werden können, oder ob gerade der Mehrwert der Selbstorganisation eben in der geringen Grad der Institutionalisierung liegt.

## **Wer bestimmt eigentlich, was das Problem ist? - zweite Veranstaltung mit BASTA!**

BASTA! ist eine Selbstorganisation von Erwerbslosen, die eine Beratung anbieten und Vernetzung und Interessenvertretung organisieren. Die Arbeit von BASTA! bezieht sich konkret auf das vorherrschende Menschenbild, das im Umgang mit Erwerbslosen deutlich wird, sowie eine dezidierte Kapitalismuskritik:

„Im Faschismus legitimierten Nationalsozialisten mit Begriffen wie „parasitäres Leben“ und der Rede von Menschen, die dem angeblich hart arbeitenden „Volkskörper“ schaden, die Verfolgung und Vernichtung. Heute wird in Europa eine moderne faschistische Regierung in Italien demokratisch gewählt und im EU Parlament wohlwollend aufgenommen.

Dass das wirtschaftliche System daran Schuld sein könnte, dass Menschen ihre Arbeit verlieren, ist nicht mehrheitsfähig. Wer denkt, dass Armut, Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit ein Zeichen von persönlichem Versagen ist, fragt sich dann, wozu der Sozialstaat überhaupt nötig ist. Diese Frage stellt sich CDU/CSU in ihren Aussagen zum Bürgergeld laut, indem sie diejenigen, die die auf ihn angewiesen sind verleumdet. Die CDU will einen noch restriktiveren Umbau und verliert alle Bremsen und übernimmt von der „Jungen Freiheit“, einer rechtsradikalen Wochenzeitschrift, eins zu eins, [die Fake News], dass wer arbeitet weniger oder kaum mehr hat als mit Bürgergeld. Der CDU-Vorsitzende erklärte: „Mit der zukünftig ‚Bürgergeld‘ genannten Sozialleistung lohnt es sich auch für Zuwanderer häufig nicht mehr eine einfache Tätigkeit aufzunehmen. Und genau das zieht die Menschen aus vielen Ländern erst richtig an.“ So bleiben die Figuren des „faulen Arbeitslosen“, die „Erschleichung von Leistungen von nicht-Deutschen EU Bürger\*innen“ die ideologische Begleitmusik für die Umgestaltung des Sozialstaats, wovon Bürgergeld ein Teil ist. Klar, die CDU in Berlin und die CSU in Bayern sind im Wahlkampfmodus.

Den Sozialstaat weiter zu entkernen, bemühen sich die SPD und Grünen mit einschmeichelnden Worten wie „auf Augenhöhe“ und „Lebensleistung“ belohnen zu wollen.

Basta! wurde von Erwerbslosen aufgebaut heute sind wir Erwerbslose und Arbeiter\*innen im Niedriglohnsektor. Viele unserer Auseinandersetzungen haben leider einen defensiven Charakter vom Verhandeln um keine Sanktion und die tatsächlichen Mietkosten, bis hin zum Erhalt der Wohnung oder den Erhalt einer Herzoperation. Was können wir tun, dass die gemeinsame Lage und Diskriminierung die eine Gruppe die der Erwerbslosen und Niedriglöhnerinnen erfährt (häufig nicht) zu Herausbildung einer gemeinsamen Identität, eines Gruppenbewusstseins und Klassenbewusstseins führt?“  
(BASTA! 2022)

BASTA! verdeutlicht in ihrem Text im Rahmen der Veranstaltungsreihe einen direkten Zusammenhang zwischen der Lebenssituation von Menschen und den gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnissen. Die Referent\*innen der Veranstaltungsreihe berichten von verschiedenen Anlässen zu BASTA! zu gehen. Hilfesuchende fühlen sich bei BASTA! nicht nur gut beraten, sondern auch verstanden

und empowert. Von der Sozialen Arbeit wurden sie häufig enttäuscht. Beklagt werden fehlendes Fachwissen von Sozialarbeiter\*innen und damit verwehrte Unterstützung, aber auch Individualisierung und Psychologisierung von Lebenslagen. BASTA! vertritt die Haltung, dass Erwerbslosigkeit nicht überwunden werden muss, wenn das nicht gewollt ist. Der unbedingte Zwang zur Erwerbsarbeit soll durch die Beratung von BASTA! explizit nicht gefördert werden. Selbige orientiert sich vielmehr an den persönlichen Bedürfnissen der Menschen, nicht an gesellschaftliche Erwartungen und Zwängen. Hieraus ergeben sich dezidierte Unterschiede zur institutionalisierten Sozialen Arbeit:

„Hilfe gepaart mit Kontrolle gibt es bei BASTA! nicht. Keine Person muss sich bei uns legitimieren. Wir sammeln keine Daten und geben keine Daten weiter. Wir rechnen Personen nicht ab und sind keine Dienstleistungsstelle die einen Dienstherrn hat. Zum politischen Grundverständnis gehört die Ablehnung jeglicher Form von Herrschaft und Hierarchien. Wir kooperieren nicht mit der staatlichen Armutsverwaltung und sie unterstützenden Repressionsorganen. Wir erwarten von Ratsuchenden nicht das Einflechten ins Erwerbsleben und machen explizit keine Beratung zur Arbeitsuche. Unsere Hilfe ist nicht individualisiert sondern zeigt auf was dir passiert und wird das erleben in diesen Beratungsraum alle. Wir sagen deutlich: Von Hartz 4 kann Mensch nicht leben vom Niedriglohn auch nicht. Wir ermuntern zur Arbeitsverweigerung, zum Boykott von Maßnahmen und zum Unterlaufen von Regeln, wie unter anderem sogenannte Ortsabwesenheit. Ratsuchende die zu uns kommen sind Zeug\*innen gesellschaftlicher Verhältnisse und tragen uns Informationen zu, sind Seismographen dessen was sich ändert in Behörden. Wir entmystifizieren die BA und das Jobcenter, die unfähig zur qualifizierten Berufsberatung sind, sondern im Wesentlichen in Maßnahmen schubsen. Wir kommen leider oft nicht über aufklären, verhindern, die Angst überwinden, praktische Solidarität, Erfahrung sammeln, sich nicht einseifen lassen und manches mal die Grenzen der Legalität dehnen hinaus.

Sind Selbstorganisationen nicht eine Nische zur eigenen Befriedigung?

Sie sind ein Lernort, ein Ort des Einübens gegenseitiger Hilfe, ein Ort Konkurrenz zu verlernen Hierarchie und Demütigungen zu verlernen.“ (BASTA! 2022)

In der Diskussion mit BASTA! wurden insbesondere die Unterschiede zwischen einer Beratung durch die Selbstorganisation in Abgrenzung zur Sozialen Arbeit herausgearbeitet. Dabei können folgende Aspekte benannt werden:

- Flache Hierarchien
- Zielsetzungen meist orientiert an Zielen/ Bedürfnisse der Menschen (Hilfe ohne Kontrolle)
- Keine Abhängigkeiten von „Dienstherrn“ und Trägern
- Individuelle Unterstützung gepaart mit Gemeinschaftsorientierung:
  - o Herausbildung einer gemeinsamen Identität, eines Gruppenbewusstseins und Klassenbewusstseins als Ziel

- o Selbstorganisation als Lernort, ein Ort des Einübens gegenseitiger Hilfe, ein Ort Konkurrenz zu verlernen; Hierarchie und Demütigungen zu verlernen
- Selbstorganisation ergibt sich aus einem politischen Anspruch. Beratung dient auch der Aufdeckung gesellschaftlicher Missstände, der Überwindung von gesellschaftlichen Normvorstellungen und Zwängen.

In der Diskussion wurde jedoch auch deutlich, dass Soziale Arbeit dies zwar zur Orientierung für eine menschenwürdigere und kritische Praxis nutzen kann, jedoch institutionelle Zwänge nicht einseitig aufgelöst werden können. Für eine kritische Praxis braucht es demnach einen Umbau des Sozialstaates, sozialer Träger und Organisationen. Zudem wird die Relevanz einer gesamtgesellschaftlichen sowie politischen Orientierung in der Arbeit deutlich, die die Methoden und Ziele der selbiger verändert und prägt. Letztere wäre auch Grundlage für mögliche Bündnisse.

### **Jugendhilfe reformieren! - dritte Veranstaltung mit dem Careleaver e.V.**

An der Universität Hildesheim entstand 2012 im Rahmen eines Projekts ein erstes Careleaver-Netzwerk, Ein Jahr später folgte ein zweites Projekt für Careleaver\*innen an Hochschulen. 2015 wurde dann, ebenfalls in Hildesheim, der Careleaver e.V. gegründet. Adressat\*innen sind junge Menschen, die sich noch in der Jugendhilfe, aber bereits im Übergang in die Selbstständigkeit befinden sowie Erwachsene, die die Jugendhilfe bereits verlassen haben. Nach dem Erhalt des Jugendhilfepreises 2016 wurde eine Koordinierungsstelle in Freiburg gegründet und der Verein als deutschlandweite Selbstorganisation anerkannt. Der Careleaver e.V. begleitete die SGB VIII-Reform 2021 und ist seit letztem Jahr beratendes Mitglied der Jugendhilfeausschüsse Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte und Tempelhof-Schöneberg. Im Rahmen des Vereins werden Netzwerktreffen und Workshops veranstaltet, Careleaver\*innen können sich in sieben Regionalgruppen organisieren.

Die Referent\*innen erläuterten, wie vielfältig die Herausforderungen im Übergang aus dem Hilfesystem sind. Zunächst erfolgt das Ende der Jugendhilfe meist sehr abrupt und zu früh, wodurch ein fließender Übergang nicht gegeben ist. Bis Anfang 2023 bestand eine Kostenheranziehung, bei der junge Menschen in stationären Jugendhilfeeinrichtungen Teile ihres Einkommens an das Jugendamt abgeben mussten (bis zu 25% des Einkommens und vor der Reform bis zu 75%)<sup>1</sup>. Das Aufbauen finanzieller Rücklagen für bspw. Mieten oder Kautions, also für eine selbstständige Lebensführung, ist erschwert. Ebenso besteht paradoxerweise eine anhaltende rechtliche Bindung zum Herkunftssystem, was sich besonders bei der Beantragung von Leistungen wie dem BAföG zeigt. Zudem werden Careleaver\*innen mit Vorurteilen und Stigmata konfrontiert.

---

<sup>1</sup> Die Konkretisierung der Kostenheranziehung in Prozenten wurde von einer der Referentinnen des Careleaver e.V., Michaela Heinrich-Rohr, ergänzt. Sie schreibt: „Finde diese Info wichtig. Weil mit den Folgen Careleaver\*innen noch heute zu kämpfen haben...“ Wir haben allen Initiativen die Möglichkeit zu Korrekturen und Anmerkungen zu den sie betreffenden Abschnitten gegeben.

In den Einrichtungen selbst gibt es meist zu wenig Personal oder betreuungsfreie Zeiten<sup>2</sup> und kein Gewaltschutzkonzept. Hilfen für Volljährige (§ 41 SGB VIII) werden aus Sicht der Berliner Regionalgruppe des Careleaver e.V. trotz der SGB VIII-Reform nach wie vor nicht bedarfsgerecht gewährt. Somit endet die Jugendhilfe meist mit dem Erreichen des 18. Lebensjahres. Dies ist einer der häufigsten Gründe für die Konsultation der Berliner Ombudsstelle Jugendhilfe. Die Präsentation enthielt die zentralen Forderungen des Careleaver e.V.:

- „Auflösung der normativen Eltern-Kind-Beziehung
- Verbesserung der Finanzleistungen für Careleaver\*innen
- Anerkennung des Übergangs in die Selbständigkeit als Prozess
- Verbesserung von Bildungschancen und Förderung von bildungsuntypischen Werdegängen (z.B. internationale Freiwilligendienste)
- Stärkung der Partizipation in der stationären Jugendhilfe
- Bedarfsgerechte Ausgestaltung ombudschafter Angebote“

(Careleaver e.V. 2022)

### **Diskussion - gemeinsame Kämpfe & eine kritische Praxis**

Die zweite Hälfte der Veranstaltung widmete sich der Diskussion, was sich in der stationären Jugendhilfe ändern muss, wie dies zu bewerkstelligen ist und welche Bedeutung dies für die Soziale Arbeit hat. Das Publikum von knapp 20 Menschen war bunt gemischt – größtenteils Sozialarbeitende aus verschiedenen Fachbereichen, aber z.B. auch Careleaver\*innen, die noch nicht im Careleaver e.V. organisiert waren. Allerdings waren trotz zahlreichen Mails an Träger der (stationären) Jugendhilfe keine Sozialarbeitenden aus stationären Einrichtungen vor Ort.

Zunächst gab es Rückfragen bezüglich der Situationen in den Einrichtungen. Insbesondere (verbale) Gewalt wurde als zentrale Problematik benannt, teils durch Betreuer\*innen, aber vor allem unter den Jugendlichen. Zudem sei ein zunehmender Teil des Personals nicht sozialpädagogisch ausgebildet, sondern Quereinsteiger\*innen. Dies wirke sich auf die Gestaltung der Hilfen aus. Die Referent\*innen berichteten aus eigener Erfahrung, dass es einzelnen Menschen und deren Unterstützung zu verdanken sei, dass sie z.B. studiert haben. Zudem wurde von ihnen kritisch reflektiert, dass der Careleaver e.V. akademisiert und teilweise auch hochschwellig sei. Die Ressourcen für ehrenamtliches Engagement seien ein Privileg.

Aus dem Plenum kam zudem der Impuls, dass die Diskriminierung gegenüber Careleaver\*innen intersektional zu betrachten sei. Dies ziehe sich durch alle Bereiche der Sozialen Arbeit.

Ein weiterer Aspekt war, dass in den Hilfeplänen Partizipation und scheinbar vielversprechende Konzepte festgehalten sind. Letztere seien aber vorgefertigt und entsprechend der Erwartungen des Jugendamtes formuliert, damit die Hilfe gewährt und somit auch finanziert wird. Die Umsetzung und Überprüfung in der Praxis werden dann meist nicht umgesetzt. Deswegen ist es wichtig, dass eine kriti-

---

<sup>2</sup> Rückmeldung von Michaela Heinrich-Rohr vom Careleaver e.V. zu diesem Protokollpunkt: „Betreuungsfreie Zeiten sind per se nicht unbedingt schlecht. Die Frage ist nur, ob diese aus Kostengründen zu früh installiert werden.“

sche Praxisreflexion stattfindet, in der das eigene Verhalten und pädagogische Konzepte hinterfragt werden. Ebenso sind die Ombudsstellen eine wichtige Ressource, an die sich sowohl die Jugendlichen selbst als auch Fachkräfte wenden können.

Das Durchsetzen von Rechten der Nutzer\*innen und Adressat\*innen, die Bedingungen in der stationären Jugendhilfe, wie mehr Personal oder einer besseren Ausstattung, erfordert gemeinsame Kämpfe und Solidarität.

### **„You are part of the change!“ - vierte Veranstaltung mit IWS**

Der International Women\* Space e.V. (IWS) wurde 2012 von Frauen mit und ohne Migrationshintergrund gegründet.<sup>3</sup> Der IWS ist eine politische Interessengemeinschaft, der sich u.a. für folgende Forderungen für Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte öffentlich einsetzt:

- Ein Ende von Abschiebungen,
- Gegen das Gutschein-System,
- Gegen die Residenzpflicht,
- Für den Zugang zu Deutschkursen,
- Für den Zugang zu Arbeitsmöglichkeiten.

Der IWS möchte mit seiner Arbeit die alltäglichen Probleme von Frauen\* sichtbar machen und dokumentieren sowie eine Plattform schaffen, bei der Menschen, mit Flucht- und Migrationsgeschichte an Diskursen über Migration beteiligt werden und eine Stimme bekommen. Dazu geht der IWS in Unterkünfte für Menschen mit Fluchtgeschichte und veröffentlicht ihre Erfahrungen (in Büchern und via Sprachnachrichten auf der Homepage). Damit werden first-hand Informationen über Zustände in den Unterkünften veröffentlicht, die mit politischen Forderungen verknüpft werden.

Als Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte sind die meisten Aktiven im IWS bereits mit Sozialarbeiter\*innen in Berührung gekommen. Dabei wurden zum Teil sehr negative Erfahrungen gemacht. So wird eine große Abhängigkeit beklagt, da bspw. Dokumente alle auf Deutsch sind. Erschwerend komme hinzu, dass in Unterkünften zu wenig Sozialarbeiter\*innen arbeiten. Dies erhöhe die Abhängigkeit von einzelnen Menschen, die Gefahr des Machtmissbrauches und Sorge über fehlende Unterstützung.

“You must ask yourself what your role as a social worker is: Do you just want to be a good person or do you want to change the system?”

Eindrücklich wurde in der Diskussion die Rolle von Sozialarbeiter\*innen hinterfragt und für eine politische, menschenrechtsbasierte und subjektorientierte Soziale Arbeit plädiert. Sozialarbeiter\*innen sollten sich fragen, welchen Impact und welche Macht sie gegenüber ihrer Nutzer\*innen und Adressat\*innen haben. Die Referent\*innen haben vielfachen Machtmissbrauch durch Sozialarbeiter\*innen sowie die fehlende Orientierung an den Bedürfnissen der Adressat\*innen und Nut-

<sup>3</sup> Im Zuge der Besetzung der Gerhart-Hauptmann-Schule in Berlin-Kreuzberg durch die Geflüchtetenbewegung.

zer\*innen geschildert bekommen. Als Expert\*innen der eigenen Lebenswelt können Nutzer\*innen und Adressat\*innen Probleme jedoch gut selbst benennen, auch wenn die wahrgenommenen Herausforderungen oft nicht der gesellschaftlichen Problemdefinition (siehe Forderungen des IWS) entsprechen. Ihre Stimmen müssen in der Gesellschaft gehört werden! Hierzu könnte partizipative Forschung gefördert sowie Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden. Zudem müsse die „policy practice“ der Sozialen Arbeit weiter ausgebaut werden. Es fehlt an Organisation von Sozialer Arbeit, an Streiks. Hier braucht es praktisches Wissen. Als großes Problem in diesem Zusammenhang wurde die Vereinzelung von Sozialarbeiter\*innen benannt. Eine widerständige Praxis bedarf Allianzen und Verbündeter.

Widerständigkeit braucht es insbesondere dann, wenn Dienstleistungen nicht das Ziel einer gerechten Gesellschaft sowie die Um- und Durchsetzung der Menschenrechte fördern und sich dezidiert gegen die Bedürfnisse der Nutzer\*innen und Adressat\*innen stellen. Soziale Arbeit darf sich dabei nicht zum Werkzeug von Kontrollmechanismen machen lassen. Hier stellt sich die Frage: „Do we represent the system, or do we want to change the system?“. Soziale Arbeit als „Vermittlerin“ zwischen Staat und Bürger\*in/Mensch kann entscheiden, ob sie staatliche Mechanismen unterstützen und aufrechterhalten möchte (insbesondere, wenn der Staat Menschenrechte missachtet und keine sozialen Sicherheiten garantiert).

Bei aller Vereinzelung und dem Gefühl der Machtlosigkeit bei Sozialarbeiter\*innen muss betont werden, dass die Organisierung, politische Arbeit und Kritik an den Verhältnissen zum (kritischen) Verständnis der Profession dazugehören muss. Hier sollten die eigenen Privilegien, Möglichkeiten und Ressourcen hinterfragt werden. Dies wurde von der Referentin auf den Punkt gebracht: „When we define us as powerless, how should we think that our clients are powerful?“

Kritische Soziale Arbeit bezieht sich demnach auf drei Bereiche: Beziehung, Arbeit an der Gesellschaft, globale Ebene und hat die Bedürfnisse von Menschen, Umsetzung von (Menschen-)Rechten und Gerechtigkeit zum Ziel.

*Hinweis: Den vollständigen Abschlussbericht findet ihr auf <https://aks-berlin.org/>  
Wir Danken: Allen Initiativen, die mitgewirkt haben. Außerdem: Dem Nachbarschaftshaus Urbanstraße für die Möglichkeit der Raumnutzung, dem DBSH und dem AStA der Alice Salomon Hochschule für die finanzielle Unterstützung.*

## **Literatur**

BASTA! (2022): Unveröffentlichte Schrift im Rahmen der Veranstaltungsreihe.

Careleaver e.V. (2022): unveröffentlichte Powerpoint